Haushaltsrede des Stv. Fraktionsvorsitzenden und finanzpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, Dr. Georg Wilmers, am 8. Februar 2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Bürgermeister, Herr Kämmerer, sehr geehrte Damen und Herren,

Wir sprechen heute über den Haushaltsentwurf 2021. Das ist ein dicker Wälzer von mehreren 100 Seiten. Er setzt auf die Haushaltsentwicklung der Vergangenheit auf. Der letzte bekannte reale Bezugspunkt ist der Jahresabschluss 2019. Das sind noch einmal deutlich über 100 Seiten. Diese vielen Seiten Informationen, Darstellungen und Festschreibung dessen, was wir heute beschließen sollen, entstehen nicht von selbst, sondern sind das Ergebnis intensiver, gründlicher Arbeit des Kämmerers mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihnen an dieser Stelle auch von meiner Seite aus einen ganz herzlichen Dank dafür.

Der Haushalt drückt in Geld aus, was die Stadt leistet oder leisten will. Am Anfang einer neuen Wahlperiode werfe ich einen Blick zurück auf die Haushaltsentwicklung der vergangenen Jahre, bevor ich den Blick in die Zukunft und auf den Haushaltsentwurf 2021 richte.

Am anschaulichsten werden die Leistungen der Stadt Rheinbach im Haushaltsentwurf durch die sogenannten Produkte dargestellt.

Schaut man sich die Entwicklung der Produkte an, so stellt man fest, dass es in den letzten Jahren zwei neue Produkte gegeben hat. Da ist zum einen das Römerkanal-Informationszentrum und zum anderen ist es die Gesamtschule. Für die Gesamtschule sind die Produkte Realschule und Hauptschule weggefallen. Hauptschule und Realschule kosteten uns früher etwa eine halbe Million € jährlich. Für die Gesamtschule sind jetzt rund 1 Million € veranschlagt. Die Gesamtschule ist also für Rheinbach eine relativ teure Veranstaltung, die wir uns aber gerne sogar im Haushaltssicherungsprozess geleistet haben, da waren wir uns im Rat alle einig. Durch die Gründung der Gesamtschule in Swisttal, der wir viel Erfolg wünschen, erhoffen wir uns eine gewisse finanzielle Entlastung dadurch, dass Schülerinnen und Schüler aus Swisttal nicht mehr über die Kapazitätsgrenzen der Gesamtschule hinaus aufgenommen werden müssen.

Weggefallen ist auch das Produkt Förderschule. Die Schließung der Förderschule in Rheinbach war aber keine autonome Entscheidung der Stadt Rheinbach als Schulträger, sondern wurde von der Landesregierung bewirkt.

Zur notwendigen Haushaltskonsolidierung, zu der mein Vorredner einiges sagte, trugen im Wesentlichen die Erhöhungen von Grund und Gewerbesteuer bei. Die Grundsteuer B, die als Eigentümer oder Mieter alle Rheinbacherinnen und Rheinbacher im Portemonnaie spüren, stieg von 453 Hebesatzpunkten im Jahre 2014 auf aktuell 753. Also 300 Punkte mehr, das ist eine Steigerung um über 66 %. Die Gewerbesteuer stieg von 452 auf 531 Hebesatzpunkte, das ist eine Steigerung um knapp 17,5 %.

Diese Steuererhöhungen schlagen sich im Einnahme-Produkt Steuern, Allgemeine Zuweisungen und Umlagen nieder. Waren hier 2014 knapp 22,5 Millionen € an Erträgen zu verzeichnen, so waren es im Entwurf des Haushalts für das Jahr 2020, also noch unbeeinflusst von der Corona-Pandemie, knapp 36 Millionen €, das ist eine Steigerung um 60 % und damit in Prozenten sogar deutlich mehr als die Steigerung der Hebesätze bei der Grund – und Gewerbesteuer. Daran kann man ablesen, dass die Stadt Rheinbach eher kein Problem auf der Ertragsseite hat, weshalb Rheinbach auch keine Schlüsselzuweisungen erhält, sondern die Aufwandsseite in den Blick genommen werden sollte.

Der Haushalt hat insgesamt 100 Produkte. Bei mehr als 10 dieser Produkte ist die Kostensteigerung von 2014 bis heute deutlich höher als die 60% bei den Erträgen und der Steigerungsbetrag liegt bei jedem dieser Produkte über 400.000 Euro. Diese Aufwandsprodukte gilt es besonders im Blick zu behalten: Es sind Produkte wie

- allgemeine zentrale Dienste,
- elektronische Datenverarbeitung,
- Gebäudemanagement,
- Brandschutz,
- Bereitstellung von Grundschulen,
- Leistungen für und Unterbringung von Asylbewerbern,
- Förderung von Kindern in Kitas und Tagespflege,
- Bereitstellung von Tageseinrichtungen für Kinder,
- Neubau und Unterhalt von öffentlichen Verkehrsflächen.
- Sport und Erlebnisbad.

Beim Erlebnisbad ist auffällig, dass sechsstelligen Kosten seit Jahren nicht im Haushaltsentwurf enthalten sind, sondern entweder nur als Rückstellungen im Jahresabschluss auftauchen, der bislang nicht auf der Homepage oder im Ratsinformationssystem öffentlich zugänglich ist, oder die Kosten stehen in Änderungslisten zum Haushaltsentwurf, die dem Rat nachträglich zur Entscheidung vorgelegt werden. Das ist wenig transparent und mutet an, als wollte man etwas verbergen.

Insgesamt mussten oder wollten wir den zum Teil erheblichen Mehraufwand bei den genannten Produkten leisten. Das meiste davon hat die SPD inhaltlich mitgetragen.

Mit Hilfe der dargestellten Steuererhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer wird das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erreicht und wir kommen so aus der Haushaltssicherung heraus. Das ist gut und sollte nicht gefährdet werden, da stimme ich meinem Vorredner ausdrücklich zu. Deshalb trägt die SPD-Fraktion den Haushalt 2021 in der vorgeschlagenen Form grundsätzlich mit.

Der Haushaltsentwurf 2021 enthält allerdings im Großen und Ganzen ein einfaches „Weiter So“. Das ist der SPD zu wenig. Wir Sozialdemokraten haben eine konkrete Vorstellung, was sich trotz geringer finanzieller Spielräume in der neuen Wahlperiode in Rheinbach mit Priorität verändern und sich entsprechend im Haushalt niederschlagen sollte.

Ich nenne drei der wichtigsten Ziele, zu denen wir in diesem Jahr entsprechende Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf stellen.

Erstens: Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Rheinbach. Egal auf welchem Wege man dies bewerkstelligen will, er wird nur auf verfügbaren Grundstücken entstehen können, selbst wenn er vom Himmel fällt. Daher beantragen wir, eine bestehende Haushaltsposition zum Ankauf von Grundstücken aufzustocken und den Zweck auf den Ankauf von Grundstücken für preiswerten Wohnraum zu erweitern. So können bei passender Gelegenheit geeignete Grundstücke angekauft werden. Dies ist keine Verpflichtung, sondern eine Ermächtigung für den Fall, dass sich eine passende Gelegenheit bietet. Und über den richtigen Weg zur Realisierung bezahlbaren Wohnraums auf solchen Grundstücken werden wir uns noch verständigen müssen. Damit beschäftigt sich im Schwerpunkt der nachgekleckerte, vergleichbare Antrag der Grünen, der die Verwaltung überfordern könnte und daher zunächst im Fachausschuss erörtert werden sollte, wie man aufwandsarm eine Entscheidung über den besten Weg hinbekommt. Schaut man in die Wahlprogramme, so sind wir uns über das Ziel alle einig und man sollte keine Zeit und keine Chance versäumen, dafür geeignete Grundstücke an Land zu ziehen.

Der zweite Punkt ist die Behebung der im Masterplan Innenstadt für den Bereich der Hauptstraße als der Visitenkarte Rheinbachs festgestellten Defizite. Damit sollte zumindest begonnen werden können, indem für diesen Zweck ein kleines Budget in Höhe von 20.000 € bei den Mitteln des Betriebshofs reserviert wird.

Bisher ist es leider nicht gelungen auf der Basis des 2017 einstimmig verabschiedeten Masterplans als integriertem städtebaulichen Konzept Fördermittel einzuwerben, obwohl das damals erklärtes Ziel war. Auch für die Neugestaltung von Pütz- und Weiherstraße – hier wird seit Jahren versucht, einen erfolgreichen Förderantrag zu stellen -, ist mit einer Förderung auch dieses Jahr offensichtlich nicht zu rechnen, denn bei der entsprechenden Investitionsmaßnahme ist im Haushaltsentwurf keine Ausgabe, sondern nur eine Verpflichtungsermächtigung vorgesehen. Bei der Einwerbung von Fördermitteln muss Rheinbach viel besser werden.

Der dritte Punkt ist das 6,5 km lange Radwegenetz. Wir haben seit vielen, vielen Jahren den Radverkehr in Rheinbach nicht nennenswert gefördert, sondern das frühere Radwegenetz verkommen lassen. Wir brauchen aber aus Verkehrs-, Umwelt-, Attraktivitäts- und Klimaschutzgründen dringend ein vernünftiges, d.h. einfach und sicher zu befahrendes Radwegenetz in Rheinbach.

Die Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur für den Radverkehr ist keine freiwillige Leistung, sondern es handelt sich um eine kommunale Pflichtaufgabe, genau wie die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur für den Auto- und Fußgängerverkehr. Deshalb beantragen wir, nur die blaue Farbe für das Radwegenetz der Blauen Straßen als freiwillige Leistung zu deklarieren und § 10 des Entwurfs der Haushaltssatzung zu streichen, in dem die Schaffung eines Radwegenetzes in Rheinbach von der Akquirierung von Fördermitteln abhängig gemacht wird. Wir brauchen ein Radwegenetz jetzt und auch dann, wenn die Verwaltung nicht in der Lage ist, dafür Fördermittel zu akquirieren. Für uns stellt sich die Frage: Bekommen wir diese Entscheidung als gewählter Stadtrat selbst hin oder bedarf es dazu der Fortsetzung des vor einem Jahr gestarteten Bürgerbegehrens und gegebenenfalls eines entsprechenden Bürgerentscheids?

Preiswerter Wohnraum, Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Altstadt als Visitenkarte unserer Stadt und ein Radwegenetz sind drei der wichtigsten Punkte, die uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Rheinbach für die nächsten Jahre mit Priorität am Herzen liegen. Wir würden uns freuen, wenn eine Mehrheit des Rates diese Vorstellung teilt und unseren drei Anträgen zustimmt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit